

Laibacher Zeitung.

Nr. 236.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50

Montag, 14. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl. 10 kr. 4mal 1 fl. 20 kr., 5mal 1 fl. 40 kr., 6mal 1 fl. 60 kr., 7mal 1 fl. 80 kr., 8mal 2 fl., 9mal 2 fl. 20 kr., 10mal 2 fl. 40 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Oktober d. J. den Landtags-Abgeordneten und Finanzprocurator in Laibach Dr. Friedrich Ritter v. Kaltenecker zum Landes-Hauptmann im Herzogthume Krain allergnädigst zu ernennen geruht.

Auersperg m. p.

Lasser m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Oktober d. J. dem Universitätsprofessor und Präses der judiciellen Staatsprüfungs-Commission in Wien Regierungsrath Dr. Wilhelm Wahlberg in Anerkennung seines verdienstvollen Wirkens den Titel und Charakter eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Stremayr m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. Oktober d. J. den Adjuncten Karl August Friedrich zum Vicedirector des Postkurs-Bureau mit dem mit dieser Stelle verbundenen Titel und Charakter eines Oberpostrathes allergnädigst zu ernennen geruht.

Banhaus m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Bur Action der Reichsraths-Delegation.

Die reichsräthliche Delegation hat die finanziellen Mittel zur Erhöhung des Präsenzstandes mit 32 gegen 24 Stimmen bewilligt. Die Mahnrufe der verfassungstreuen Presse an die Mitglieder der österreichischen Delegation können sich eines eclatanten Erfolges wohl nicht erfreuen, aber das motivierte Postulat der Regierung wurde dennoch mit einer Majorität von 8 Stimmen angenommen.

Schon machte in verfassungsgegnerischen Kreisen das Gerücht von Mund zu Mund die Runde, daß die Zeiten des verfassungseindlichen Regimentes bereits vorüber seien; dagegen constatirt die verfassungstreue Presse mit besonderer Genugthuung, daß die Würfel zum Nachtheile des verfassungsfreundlichen Principes nicht gefallen sind.

Das „Neue Fremdenblatt“ schreibt an leitender Stelle:

„Nein, die Zeiten des verfassungstreuen Regimentes sind wahrlich noch nicht vorüber. Vierundzwanzig Mitglieder der Verfassungspartei, so bedeutende Männer auch unter ihnen sind, bilden noch nicht die Partei. Ihre der Regierung widerstrebende Haltung, die sie in den letzten Wochen zu beobachten für gut befanden, muß, wie wir dies wiederholt ausgeführt haben, lähmend auf die Realisierung des Programms wirken, dessen Ausführung das eisleithanische Ministerium sich zur Aufgabe gemacht hat; aber wenn der Regierung dadurch auch ihre Arbeit erschwert wird, kann doch keine Rede davon sein, daß sie jetzt die Flinte ins Korn werfen müsse, wenn auch die ehemaligen Bürgerminister mit Dr. Figuly und zwanzig anderen Abgeordneten es für angemessen erachten, aus Opportunitätsrücksichten inopportun zu handeln, so steht das Ministerium Auersperg-Unger doch noch nicht allein. Nur böswillige Füge, die auf den Zerfall Oesterreichs speculiert, kann angesichts der trefflichen, so sachlich richtigen wie politisch bedeutenden Rede des Fürsten Carlos Auersperg behaupten, daß gestern kein hervorragendes Mitglied der Verfassungspartei für die Regierung eingetreten sei. Sonderbar, daß es das Organ der „Jungen“ sein muß, das plötzlich den Herren Dr. Giskra, Herbst, Brestel und ihren Genossen das ausschließliche Rechts vindicirt, sich Verfassungspartei zu nennen.“

Die Fahne der Verfassungspartei weht wahrlich nicht bloß über den Sesseln, die im pester Akademiegäude die vierundzwanzig eingenommen. Die Majorität des Herrenhauses hält dieses Banner hoch, und Fürst Carlos Auersperg ist nicht bloß in dieser Körperschaft, sondern auch im böhmischen Landtag und wo sonst immer sich ihm dazu Gelegenheit geboten, für die Principien der Partei eingetreten. Und er that es stets mit so viel Uneigennützigkeit wie Befähigung. Und reichen Erfas für die Opposition, welche der Regierung in der Delegation gemacht wurde, findet sie in der Haltung der Bevölkerung und der verfassungstreuen Presse. Wo man hin hört, in den Kreisen der Landtagsabgeord-

neten, unter den Bürgern wie unter der Landbevölkerung, überall erfreut sich das Ministerium eines wachsenden Vertrauens. Hätten wir augenblicklich directe Wahlen, wäre eine Befragung des Volkes möglich, dann würde sich mit Leichtigkeit constatiren lassen, wie gering die Zahl derjenigen ist, die hinter der Fraction der Vierundzwanzig stehen. Aber es bedarf auch nicht einmal dieses Appells an die Bevölkerung, um zu beweisen, daß die Verfassungspartei nicht identisch ist, mit jener Fraction. Die nächste Sitzung des Reichsraths wird dies thun, haben doch schon jetzt verschiedene hervorragende verfassungstreue Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf entschiedenste ihre Mißbilligung über die Haltung ihrer Parteigenossen in der Delegation ausgesprochen.

So wollen wir uns denn der Hoffnung hingeben, daß sich das Ministerium Auersperg-Unger durch die Vorgänge in der Delegation nicht abhalten lassen werde, weiter zu arbeiten an dem schwierigen Werke, das es mit so viel Glück zum Segen Oesterreich begonnen. Die energische Inangriffnahme der Wahlreform ist das erste, was wir erwarten. Wenn auch die Durchführung der directen Wahlen augenblicklich schwieriger ist, als vor vierzehn Tagen, ehe sich die Szenen in der Delegation abgespielt, so sind es doch auch gerade die Erfahrungen, welche die Regierung hier gemacht, die sie zwingend mahnen, endlich Hand anzulegen an diese wichtige Reformarbeit.“

Die „Tagespresse“ beleuchtet die Beweggründe zu der von Seite des Reichs-Kriegsministers Freiherrn von Kuhn bei den Verhandlungen der Delegationsausschüsse geführten Sprache, wie folgt:

„Die Verhandlungen über das Militärbudget in den Delegationsausschüssen zu Pest und die dabei vorgekommenen Wortduelle haben einigen Journalen den Anlaß geboten, die vom Kriegsminister Baron Kuhn geführte Sprache als „verwirrt, verwickelt und leidenschaftlich“ zu bezeichnen. Erwägt man aber, daß die in geschlossener Pphalanx aufstrebende und über einen ungeheuren Fond von Dialektik und Rhetorik verfügende Opposition ihre Angriffe stets in schaberednerische Phrasen, gegen welche die Logik und Sachkenntnis eines Soldaten nur schwer aufkommen kann, einhüllt und sich dadurch über alle Berlegenheiten hinweghilft, so wird man vieles ebenso beareiflich als verzeihlich finden. In der Hitze der Debatte wird selten eine Frage allein, sondern es werden häufig mehrere, einander oft diametral entgegengesetzte Fragen gleichzeitig aufgeworfen, und da ist es nicht immer möglich, die besten und bündigsten Auskünfte zu erteilen und die stichhaltigsten Argumente ins Feld zu führen.“

Abgesehen davon, daß das Prestige einer Delegation auch den gewandtesten Parlamentsredner manchmal in Berlegenheit bringen kann, so müssen gereizter Ton, sichtliche Gehässigkeit und fortwährende Wort- und Sachklauberei, wie sie im Budgetauschuß der österreichischen Delegation nur zu häufig zutage getreten, auch die stärkste Seele und die phlegmatischste Natur momentan aus dem Gleichgewicht bringen. Es würde Baron Kuhn nicht schwer fallen, Leute zu überzeugen und für seine Anschauungen zu gewinnen, wenn sie nicht allein seine Gebahrung und selbst seine Absichten incriminieren, sondern in richtiger Erkenntnis der Lage des Staates und der Armee sich Zeit und Geduld nehmen würden, die mitunter verwickelten organischen und militärisch-technischen Verhältnisse eines großen, durch die allgemeine Wehrpflicht das gesammte Volk umfassenden Heerwesens rationell zu würdigen.

Die bitteren Worte, welche gegen einen im Bewußtsein wohlherfällter Pflicht stehenden Staatsmann und Soldaten im Ausschusse gefallen sind, mußten ihn oft kränken und erbittern. Statt wohlmeinender, objectiver Kritik und ruhiger Wahrung des Bewilligungsrechtes bei Berücksichtigung der mit den Staats- identischen Heeresinteressen erfuhr Baron Kuhn — manchmal recht schwach begründete Ausfälle auf seine Gebahrung und eine inquisitorische Behandlung.

Wenn er unter diesen Umständen nicht jedes seiner Worte auf die Waagschale legte, wenn er überhaupt sich weiter hinreißend ließ, als er sollte, so muß dies zum Theil auch auf Rechnung seiner Widersacher gesetzt werden, und zwar umso mehr, je weniger Ausschußverhandlungen gewöhnlich Zeit, Mühe und Ruhe gewähren, sich auf eine akademische Rede vorzubereiten. Bei allen Gelegenheiten, wo das Haschen nach unbedacht ausgesprochenen Worten, das sophistische Verdröhen, das Klügeln und Fechten mit scheinbar logischen Gründen nicht vorliefen, wußte Baron Kuhn sich stets zu meistern und

zu beherrschen, und die von ihm vorgebrachten Argumente gewannen dann eine so durchschlagende und überzeugende Beweiskraft, daß sie niemals ihren Zweck verfehlten. — Beweis dessen das Durchbringen der Geldbewilligung für die Erhöhung der Präsenzstärke bei der Infanterie in den Ausschüssen der ungarischen Delegation.“

Bum Budget pro 1873.

In der Sitzung der Reichsraths-Delegation vom 10. d. — ergriff der General-Berichterstatter Dr. Giskra das Schlußwort; er sagte: „Die Frage der Präsenzstand-Erhöhung beschäftigte alle Kreise auf das lebhafteste. Leider wurde sie bald ihres sachlichen Charakters entkleidet und auf das politische, ja persönliche Gebiet verpflanzt. Die Ansichten über die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit der Erhöhung der Präsenz-Dienstzeit waren immer und überall verschieden, auch in Oesterreich. Schon Kriegsminister Degenfeld und sein Nachfolger Frank gingen mit dem Gedanken um, das Berufsheer in ein Cadresheer zu verwandeln. Es läßt sich nicht läugnen, daß unter Umständen auch eine dreijährige Dienstzeit zur vollen Ausbildung nicht ausreichte; allein Oesterreich hat kriegerische und bildungsfähige Völker. Das Institut der Einjährig-Freiwilligen bedinge eine nur einjährige Dienstzeit, während doch dadurch Offiziere herangebildet werden, und weder bei der Landwehr, noch bei den Honveds, welche beide gewiß ihre Schulbildung thun werden, diene man drei Jahre. — Man berufe sich auf die Erfahrung, aber nicht auf jene der Jahre 1789 und 1813, wo ganz junge Truppen die alten besiegten, sondern auf die Neuzeit. Auch das trifft nicht zu; denn 1870 unterlagen die Heere mit fünfjähriger Dienstzeit jenen mit dreijähriger. Die Autorität der Kriegsverwaltung könne man auch nicht gelten lassen, da dieselbe wiederholt etwas als unumgänglich notwendig hinstellte, was von ihr selbst ein Jahr später als überflüssig anerkannt wurde. Auf die im Exposé angeführten Berechnungen übergehend weist der Redner ziffermäßig deren Irthümlichkeit nach. Ein Vergleich mit Deutschland sei nicht zulässig, da dieses sich allenfalls finanziell einen Luxus gönnen könne; nicht so Oesterreich-Ungarn. Es werde mehr in Aussicht genommen als eine dreijährige Präsenzzeit, vielleicht ein 14. Armecorps. Die dreijährige Präsenzzeit wurde im Wehrgeetze bestimmt, um die verschiedenen Bildungsgrade der Mannschaft berücksichtigen zu können. Bezüglich der Kosten wurden damals 80.5 Millionen als äußerster Exigenz bezeichnet, und heute verlange die Kriegsverwaltung 90.9 Millionen. Bei der Abgabe seines Votums möge sich jeder bewußt sein der Verantwortung gegenüber seinen Mandanten.“

Kriegsminister Baron Kuhn erklärte, die Einwürfe der einzelnen Vorredner widerlegen zu wollen. Rechbauer spielte auf das Milizsystem an, das er vor zwei Jahren selbst verworfen und das sich wirklich nicht bewährt habe. Demel gegenüber erklärte der Kriegsminister, er begreife nicht, wie die Territorialisierung 100 Millionen kosten sollte.

Auf die Rede Herbsts übergehend, hob der Minister den außerordentlichen Eindruck hervor, welchen dieselbe allenthalben gemacht hat, gesteht aber, daß sie in sachlicher Beziehung ihn nicht überzeugt habe. Er halte die Meinung des Exposé's aufrecht, daß es ungerecht sei, wenn von jenen, welche gesetzlich drei Jahre präsent dienen sollten, einige durch kürzere, andere durch längere Zeit dienen müßten. Selbst Unteroffiziere müßten schon nach zwei Jahren beurlaubt werden, um die für einen Kriegsfall erforderliche Zahl von Unteroffizieren zu erhalten. Der Umstand, daß auch die Ersatzreserve nicht abgerichtet werde, spreche um so mehr dafür, daß wenigstens das vorhandene Rekrutencontingent besser geschult werde. Wenn Giskra das Cadresystem so sehr beschwöre, so müsse er, der Redner, in Folge seiner Erfahrungen das Gegentheil thun.

Der Kriegsminister wies ferner an der Hand der Kriegsgeschichte nach, daß nur gut geschulte Truppen Erfolge haben können. Ein Beweis dafür sei der nordamerikanische, der französische und der dänische Krieg. Das Gesecht der neuesten Zeit, nämlich seit der Erfindung der neuen Feuerwaffen, sei vollständig verschieden von dem Gesechte der früheren Zeit. Beim modernen Gesechte liege der Schwerpunkt im Vordertreffen und diese Kampfarm bedinge eine außerordentliche und zweckmäßige Ausnützung des Terrains. Hierzu bedürfe es

aber auch einer tüchtigeren und längeren Schulung der Truppen.

Die Erhöhung des Präsenzstandes sei auch vom volkwirtschaftlichen Standpunkte aus nicht nachtheilig, da die Armee eine Schulung des Volkes ist. Auch sei der größere Theil der Linienmannschaft nicht Handwerker, sondern Ackerbauer, daher der Verlust an Arbeitskraft nicht von Bedeutung ist.

Es sei allgemein bekannt, daß mit der Sicherheit eines Staates nach außen die Prosperität im Inneren wachse. Auch werde es von den bedeutendsten neueren Nationalökonomien, wie z. B. von Stein, anerkannt, daß die Ausgaben für die Armee keine unproductiven Ausgaben sind.

Der Redner gab schließlich über eine erhaltene allerhöchste Ermächtigung im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß das gegenwärtige Budget ein Normalbudget sein solle, und empfiehlte, an die Opferwilligkeit und anerkannte Vaterlandsliebe der Delegationsmitglieder appellirend, auf das wärmste die Regierungsanträge. (Beifall.)

Graf Andrassy äußerte sich in folgender Weise: Er würde gerne in dieser sein Ressort nicht unmittelbar berührenden Frage die Geduld der Versammlung gar nicht in Anspruch nehmen, wenn nicht seiner kundgegebenen Ueberzeugung in dieser Frage Gründe unterstellt worden wären, die er nicht acceptieren könne. Zur klaren Beurtheilung der Sache müsse er sich drei Fragen stellen: 1. Wird durch die richtige Ausnützung der dreijährigen Dienstzeit der militärische Werth und die Kriegstüchtigkeit derart erhöht, daß sie anderen ebenbürtig wird? 2. Sind die europäischen Verhältnisse derart, daß wir diese als notwendig erkannte Maßregel umgehen können? 3. Sind die Staatsfinanzen in der Lage, die hierzu nöthigen Opfer zu bringen?

Die erste Frage findet ihre bejahende Beantwortung in der von dem Herrn Kriegsminister gegebenen klaren, deutlichen und getreuen Darstellung. In Betreff der zweiten Frage muß der Redner vor allem den principiellen Satz aufstellen, daß der Ausspruch des Ministers des Aeußern nie die Basis für die Organisation der Armee bilden könne. Graf Andrassy verwahrt sich gegen die allgemeine Voraussetzung, als wohne dem Minister des Aeußern gleichsam als einer Gattung von Laubfrosch der Instinct inne, jede Wetterveränderung wahrzunehmen. Derartige ministerielle Wetterpropheten haben sich sehr häufig als falsch erwiesen, und der Minister des Aeußern müsse in seinen bezüglichen Aussprüchen am meisten vorsichtig sein, weil er die schwarzen Wolken, die er anzeigt, zugleich anzieht (sehr gut!), weil er dadurch, daß er den Staat von der Gefahr abtirt, ihm selbst die Möglichkeit derselben auch auf den Hals bindet. Er wolle jedoch von dem, was er im Ausschusse in Betreff der Lage nach außen gesagt, nicht ein Wort zurücknehmen. Er wiederhole erneut, daß er das Ziel und das Resultat der Berliner Zusammenkunft als solches betrachten muß, welches den europäischen Frieden zu stärken geeignet ist. Er wiederhole erneuert, daß die Verhältnisse Oesterreich-Ungarns zu allen maßgebenden Staaten sehr gute genannt werden können und er die feste Ueberzeugung habe, daß sie auch gute bleiben werden, so lange die Politik treu befolgt wird, welche er nicht einfach als die seinige bezeichnen will, die vielmehr aus dem gesund aufgefaßten Interesse der Monarchie mit bedeutender Kraft resultiere, nämlich die Politik des Friedens. (Beifall.) Daraus aber könne niemand die Consequenz ziehen, daß er den europäischen Frieden auf Jahre hinaus garantieren könne. Dies könne niemand. Er müsse vielmehr in Uebereinstimmung mit dem Abg. Greuter denjenigen Böschmann als einen schlechten be-

zeichnen, der daraus, daß er und auch andere principiell gegen eine Feuersbrunst sind, das Argument gegen die rechtzeitige Beischaftung der Löschrequisiten herleiten wollte. Vertrauen verdiene derjenige, der sagt: Ich werde trachten, daß kein Feuer entstehe. Entsteht es aber, dann werde ich möglichst rasch löschen; gebt mir jedoch je früher die nöthigen Kräfte und Apparate dazu. (Beifall.) Graf Andrassy wies darauf hin, daß die mit anderen Staaten angeknüpften Beziehungen sich in kritischen Momenten nur dann als fest und verlässlich erweisen, wenn man die ausreichende Kraft mitbringt. Es ist dies eine realistische Politik, aber sie ist die einzige, die vor Täuschungen bewahrt, besonders wenn sie Hand in Hand geht mit dem ehrlichen Willen, den Frieden aufrecht zu halten.

Die finanzielle Frage betrachtet Graf Andrassy von dem Momente an als bejahend beantwortet, als der Ausschuss die von Freiherrn v. Gablenz beantragte Einvernehmung des cisleithanischen Finanzministers als nicht nöthig ablehnte. Er konnte derselben keine andere Deutung geben, als daß man von der Leistungsmöglichkeit vom finanziellen Standpunkte überzeugt sei. Er wolle hiemit dem Ausschusse durchaus keinen Vorwurf machen.

Graf Andrassy wies hierauf mit einzelnen Ziffern nach, daß die derzeitigen Anforderungen der Kriegsverwaltung weit unter jenem Maße sind, als sie es in den 60er Jahren waren, wo die Stärke der Armee noch bei weitem nicht den derzeitigen Stand vorgezeichnet hatte, was besonders gegenüber der allseitig sehr fühlbaren Steigerung der Preisverhältnisse wohl ein sehr beachtenswerther Factor sei.

Graf Andrassy wiederholte hierauf in ganz entschiedener Weise die vom Kriegsminister abgegebene Erklärung, daß die diesjährigen Anforderungen der Kriegsverwaltung als ein fester Rahmen eines Normalbudgets für das gesammte Ordinarium zu betrachten seien, und will dieser Erklärung ein um so größeres Gewicht vindicieren, als sie vom Ministerium aus eigenem freien Willen und aus aufrichtiger Ueberzeugung abgegeben wird.

Graf Andrassy wiederholte daher ausdrücklich, daß innerhalb derjenigen Summen, welche die Regierung von der Delegation anspricht, auch für die nächsten und die weiteren Jahre, abgesehen von ganz außerordentlichen Veränderungen der Geldverhältnisse, für das Ordinarium das volle Auskommen werde gefunden werden.

Graf Andrassy ging hierauf über auf die während der Debatte wiederholt angedeutete Solidarität der Regierung dem Kriegsbudget gegenüber und betonte besonders, daß die Regierung durch die angenommene Stellung absolut keine PreSSION üben wollte, vielmehr nur eine constitutionelle Pflicht erfüllte, indem sie dem für die Armee zunächst besorgten Kriegsminister die für die Steuerträger sorgenden übrigen Minister an die Seite stellte.

Der Minister des Aeußern gieng sodann auf die Widerlegung der einzelnen im Verlauf der Debatte gefallenen Bemerkungen und Voraussetzungen über, insbesondere der Befürchtung Herbsts, es könnte die Institution der Delegationen die Popularität einbüßen. Es sei Unglück genug, sagte der Minister, wenn Rücksicht auf Popularität einzelne Staatsmänner von einer entschiedenen Vertretung ihrer Ueberzeugung abhalte; aber eine Institution habe überhaupt ihre wichtigste Stütze darin, daß sie auf einem Gesetze beruhe.

Sollte aber wirklich die Delegation dadurch unpopulär werden können, daß sie der einen Anschauung vor einer anderen den Vorzug gebe, so wäre die Gefahr eines Absolutismus gegeben, der am gefährlichsten wäre, weil er nicht von oben, wo den Constitutionalismus ein

festen Willen schützt, sondern von unten, aus dem geschwundenen Glauben an die Wirksamkeit constitutioneller Einrichtungen entstehen müßte.

Redner ist daher überzeugt, daß Herbst, einer der glänzendsten Vorkämpfer der constitutionellen Aera, hier nur eine rhetorische Form gebrauchen wollte, und schließt mit den Worten:

„Es möge mir erlaubt sein, zu betonen, daß die Argumente, die von Seite der Regierung geltend gemacht wurden, sich nicht als eine PreSSION darstellen, wie man dies anzudeuten versuchte, sondern als Argumente, welche, wenn sie von beiden Seiten objectiv erwogen werden, mit wenigstens gleichem Gewichte in die Waagschale der Entscheidung fallen dürften.“ (Lebhafter Beifall rechts.)

Nach der Rede des Grafen Andrassy erklärte Herbst, daß er mit keiner Silbe seiner gestrigen Rede auf die Nothwendigkeit der Popularität hingewiesen und diesen Ausdruck nicht gebraucht habe; er habe gesagt, daß die bloße Anerkennung einer Institution noch nicht das Insolebenreten derselben ausmache.

Berichterstatler Giskra kam darauf zurück, daß es sich nicht um die Möglichkeit der Maßregel, sondern um deren Nothwendigkeit handle. Die Möglichkeit könne man zugeben, nicht aber die Nothwendigkeit, welche auch nicht von den Ministern dargethan sei. Man gehe wieder so vor wie in früheren Jahren, daß man sich ein Ziel stecke, ohne zu erwägen, daß man später seinen Irrthum eingestehen müsse. Wenn der Minister des Aeußern gesagt hätte, das heutige Budget sei ein Normalbudget, wie das preussische mit 65 Millionen Thalern, so ließe sich darüber reden; so aber ist unser Extraordinarium unberechenbar.

Giska nahm seine angegriffenen Collegen Brestel und Herbst in Schutz und meinte, letzterer habe darthun wollen, daß, wenn die Delegation immer nur das Geforderte bewilligt, ohne die Interessen der Wähler wahrzunehmen, die Bevölkerung selbst sagen werde: Ich danke für ein solches Institut. (Beifall.)

Nach einigen zwischen dem Kriegsminister und dem General-Berichterstatler bezüglich der Richtigkeit der ziffermäßig angeführten Daten gewechselten Bemerkungen wurde zur Abstimmung über den Antrag Gablenz' geschritten und derselbe mit 32 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Die Dankfrage

ist, wie „P. Naplo“ sich vernehmen läßt, „seit der bekannten Erklärung der Nationalbank vom 19. Jänner d. J. (daß sie sich nämlich ihrer Verpflichtungen Ungarn gegenüber entbunden erachte) brennend geworden; bald darauf folgte die Resolution des Reichstages und die Verhandlungen des Finanzministers mit der Nationalbank, welche nunmehr in das Stadium der Entscheidung getreten sind. Es sei nun die Größe jener Gefahr zu erwägen, welche für den Fall eines Bruches mit der Nationalbank eintreten würde und welche Summen uns in diesem Falle entzogen werden könnten. Es sei hier nur das Escomptegeschäft zu berücksichtigen, denn das Lombardgeschäft sei einerseits zu unbedeutend, andererseits sei es nicht an den Platz gebunden und die hier gekündigten Effecten können anderswo versorgt werden. Das Escomptegeschäft der ungarischen Filialen beläuft sich durchschnittlich auf 20 Millionen, und da die Wechsel drei Monate laufen, könnten uns innerhalb 90 Tagen diese 20 Millionen, also täglich etwa eine Viertelmillion entzogen werden. Allein die Dotation der Bankfilialen ist nicht unsere einzige Geldquelle; die Einlagen der Provinzial-Sparkassen belaufen sich auf 71, jene der Provinzbanken auf 11, jene der Pester vater-

Feuilleton.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von J. Steinmann.

XI. Kapitel.

Verloren.

(Fortsetzung.)

Pastor Schröder besand sich in einer eigenthümlichen Lage.

Jetzt, so nah' am Ziele, sagte sein Verstand ihm, daß er im Begriffe stehe, Unrecht zu thun, seine wilden Triebe dagegen suchten jede kleinste Regung des Gewissens zu übertäuben. Lange sollte dieser Widerstreit zwischen seinem besseren und schlechteren Selbst nicht dauern. Ein eigenthümliches Parfüm, welches das reizend ausgestattete Douvoir durchduftete, wirkte mächtig anregend auf sein Gehirn.

Dieser Duft schien ihm die Klarheit der Gedanken zu benehmen. Er schritt auf die Thür zu, welche zum Nebenzimmer führte, und öffnete sie. Das Licht drang hinein und ließ ihn eine Gestalt erkennen, die, in einem Lehnstuhl zusammengesunken, den Kopf abgewandt in die Kissen preßte.

Der Pastor erhob seine Stimme salbungsvoll:

„So du trübselig bist und beladen, komm' zu mir, ich will dich trösten.“

Bei diesen Worten sprang die Gestalt auf. Es war Eva!

„Herr Pastor, Sie sind ein Bote Gottes,“ rief sie, „Sie werden mich retten und zu Antonie bringen.“

Voller Hoffnung auf Befreiung, voller Freude über den Retter in der Noth sank sie auf die Knie nieder und flüsterle mit gefalteten Händen:

„Dank, Dank, du lieber Gott im Himmel, du hast mein Flehen erhört.“

Pastor Schröder betrachtete die Kniende. Er wußte, daß sie hübsch war, aber so schön hatte er sie noch nicht gesehen. So schimmert das erste Waldesgrün nach einem lustreinigenden Gewitter, so glänzt die Thauperlle im Kelch der Rose, wie hier die Freude auf Eva's Angesicht. Sie war entzückend.

Pastor Schröder konnte sich nicht satt sehen an Eva.

„Ich komme, um dich zurückzuführen auf den Weg des Heiles, den du schnöde verlassen,“ begann er. „Du bist in den Abgrund gestürzt, aus dem dich die Gnade des Himmels, Reue und Buße erretten können.“

„Ich will büßen und thun, was sie mir aufgeben, Herr Pastor, nur lassen sie uns diesen Ort fliehen. Bringen Sie mich wieder zur Toni, ich werde Ihnen mein ganzes Leben lang dankbar sein.“

„Einst sprach dieser Mund anders. Einst verhöhnste er die Lehren, die ich euch gab.“

„Ach, ich bereue, was ich gethan, ich thu' es niemals wieder. Nur fort möchte ich von hier.“

„Wenn du bußfertig bist —“

„Gewiß, gewiß —“

„Lege mir ein genaues Bekenntnis deiner Schuld ab.“

Eva erzählte.

Zum ersten male konnte sie ihr Herz ausschütten, zum ersten male einem mitfühlenden Herzen die Qualen sagen, die sie erduldet.

Die kindliche Zutraulichkeit machte sie in Schröders Augen nur noch begehrenswerther.

„Du bist erschöpft,“ sagte er, „du mußt dich stärken, was sollte deine Freundin denken, wenn du matt und müde ankäme? Nein, das geht nicht.“

Mit diesen Worten holte er die Flasche Champagner mit den verhängnisvollen Gläsern herbei.

Eva trank.

Der Wein rollte glühend durch ihre Adern; die Aufregung der letzten Zeit hatte das Nervensystem doppelt empfänglich gemacht für die Wirkungen des Weines und die Tropfen des alten Weibes.

„Mir wird schwindlig,“ sagte sie.

„Das ist Schwäche,“ sagte Schröder. „Da, trinke nur noch einen Schluck Wein.“

Eva nippte.

„Ordentlich trinken!“

Eva nahm mechanisch einen größeren Schluck aus dem vorgehaltenen Glase.

„Ich kann nicht mehr,“ sagte sie. „Ich sehe alles wie in einem dichten Nebel. Ihr Gesicht erkenne ich

ländischen Sparkasse auf 28 Millionen und bei den übrigen pester Instituten auf beiläufig 12 Millionen; das macht zusammen 122 Millionen, also sechs mal so viel, als die Dotation der Bankfilialen; die Nationalbank sei also hier nicht in dem Maße Herr der Situation, wie dies oft geglaubt wird. Wofür ist also vorzusorgen? Daß uns 90 Tage hindurch täglich die von der Nationalbank zurückziehende Viertelmillion, oder — da sich die Dotation der Filialen als unzulänglich erwiesen hat — daß uns 90 Tage lang täglich 400.000 fl. zufließen, also daß successive 36 Millionen neues Kapital in Umlauf kommen. Dann werden wir das Interim zwischen dem Bruche mit der österreichischen Nationalbank und der Errichtung einer ungarischen Bank gefahrlos überstehen können. Nun haben aber unsere Banken und Sparkassen etwa 52 1/2 Millionen auf Hypotheken elociert und die bezüglichen Schuldverschreibungen tod im Kasten liegen; diese sollen nun durch Umwandlung in Pfandbriefe mobil gemacht und auf den Markt gebracht werden. Es würde sich also lediglich darum handeln, binnen 3 Monaten um 36 Millionen Pfandbriefe an den Mann zu bringen, was weder unmöglich noch besonders schwierig sei, da bei Emission von Eisenbahn-Prioritäten die gleichen und noch größere Summen nicht einfach, sondern zehnfach subscribiert werden, während die Sicherheit der Pfandbriefe noch größer sei, als jene der Eisenbahn-Prioritäten. Es ließen sich gewiß mit Banken Uebereinkommen wegen Uebernahme größerer Partien Pfandbriefe abschließen, und so könnte dann mit aller Ruhe an die Errichtung der selbständigen Bank geschritten werden."

Zur näheren Beleuchtung heben wir aus der im Unterhause des ungarischen Reichstages gehaltenen Rede Sr. Excellenz des kön. ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Vonyay nachstehende Stellen hervor:

"Gegen die Regierung wurde wiederholt die Anklage gerichtet, daß die Regierung bei der Lösung der Bankfrage Energielosigkeit, Wankelmuth, Gleichgültigkeit und Furchtsamkeit bewies. Wie viele bedeutende und gewichtige Anlagen in sich fassende Epitheta in einem Satz! Ich leugne die Berechtigung jedes einzelnen Charakteristicums in der Anklage. Es gibt hochwichtige und verwickelt scheinende Fragen, die in gewissen gegebenen Momenten leichter zu lösen sind. Zur Lösung der Bankfrage, welche mit der Regulierung der Valuta zusammenhängt, zeigte sich als günstiger Augenblick das Jahr 1867, als die beiden Landesdelegationen, deren Mitglied auch der Herr Abgeordnete Koloman Ohyecz war, in Wien weilten. Ich glaube, es war demselben nicht unbekannt, daß ich als damaliger Finanzminister vor dem Versuch beider mit einander zusammenhängenden Fragen nicht zurückschreckte. Die radicale Heilung eines so alten, während mehrerer Jahrzehnte versteinerten Uebels wäre nur durch eine energische heroische Kur möglich gewesen. Ich war mit mir im Reinen, was man hätte thun müssen; ich bemühte mich auch, meine Ansichten zu verdeutlichen, ich bin aber nicht schuld daran, daß man den zur radicalen Heilung führenden Modus für einen waghalsigen und für einen unter den damaligen Umständen nicht ausführbaren erklärte. Ich empfand dies damals und fühle es auch jetzt, daß unter den jetzigen Umständen die Lösung dieser Frage, ich betone es, ihre Lösung — denn es ist jetzt nicht von der Entzweischneidung derselben die Rede — mit Schwierigkeiten verbunden ist, und eben deshalb ist über alles ein vorsichtiges Vorgehen nöthig; denn wie auch der Herr Abgeordnete anerkannte, die gewaltsame Lösung einer solchen Frage oder das pure Pochen auf das Recht, ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse, könnte wieder den Samen der Zwietracht zwischen den beiden Reichshälften austreuen,

aber dennoch. Ich habe mir immer gedacht, ein Engel hätte runde rothe Backen und zwei kleine Flügel auf den Schultern, aber nun kann ich mir keinen Engel anders vorstellen, als mit Ihrem Gesichte. Sie bringen mir ja Erlösung. Wie gut sind Sie!"

Pastor Schröder labte sich an dem harmlosen Geplauder des reizenden Mädchens.

"Ich habe einmal über Sie gelacht," fuhr Eva fort, "aber warum sprachen Sie auch von Lämmern und Schafen und sahen uns immer so an? Damals wußte ich ja noch gar nicht, daß Sie so gut wären und mich wieder zur Toni bringen würden. Nicht wahr, Sie sind uns nicht mehr böse, der Toni und mir?"

"Ich will verzeihen unter einer Bedingung."

Eva sah ihn fragend an.

"Wenn du deine Schuld offen bereuist und mit den Veröhnungsfuß gibst."

Eva verstand nicht ordentlich mehr, was der Pastor verlangte. Die Sinne schwanden ihr. Es war ihr, als wenn schweres Blei durch ihre Adern flöße, als wenn das Auge nicht mehr ordentlich sähe und das Ohr den Schall nur verworren auffaßte. Sie hörte und sah alles, aber sie empfand diese Sinnesindrücke nicht mit klarem Bewußtsein.

"Den Veröhnungsfuß!" rief der Pastor. "Ich schwur, euren Hohn einst zu vergelten, und ich vergelte ihn mit Liebe!" — — —

(Fortsetzung folgt.)

was die ruhige vorhersehende Politik — wie dies die zuerst citierten Worte des Herrn Abgeordneten so wahr aussprechen — nicht gestatten kann.

Dessen kann ich den Herrn Abgeordneten versichern, daß das Ministerium sich vollkommen jener Aufgabe bewußt ist, welche es im Interesse des Landes zu lösen für seine Pflicht erkennt, und ich hoffe, es wird dieselbe mit Energie, ohne Wanken und Furcht in kurzer Zeit lösen, so zwar, daß ein gesunder und von fremdem Einflusse freier Geldverkehr den Anforderungen des Handels und der Industrie entsprechen könne. Und daß dies die Absicht der Regierung sei, zeigt schon das, daß sie auch in der Thronrede angedeutet ist; ja es werden sogar in den nächsten Tagen in dieser Richtung wichtige und entscheidende Verhandlungen aufgenommen, und ich hoffe mit Erfolg zu Ende geführt werden, so daß die Regierung bald Gelegenheit haben wird, ihre diesbezüglichen Vorschläge dem Hause zu unterbreiten. Der Herr Abgeordnete wolle daher nicht vor der Zeit urtheilen und abwarten, bis die diesbezüglichen Vorschläge der Regierung dem Hause vorgelegt werden. Ich wiederhole, daß die Regierung diese wichtige Frage nicht mit Herausforderung des Bruches mit der anderen Hälfte der Monarchie zu lösen wünscht; diese Lösung kann jedoch nicht improvisiert werden, weil diese Frage auch mit anderen wichtigen Fragen innigst zusammenhängt, die vom national-ökonomischen und finanziellen Standpunkte eine große Tragweite haben, unter anderen auch mit der Regulierung der Valuta. Wenn wir so glücklich wären, diese Frage auf eine solche Weise zu lösen, die auch den Herrn Abgeordneten zu befriedigen vermöchte, dann wäre ein großes Hindernis beseitigt, das uns jetzt von ihm scheidet, und würde er uns dadurch um einen großen Schritt näher gebracht, was ich ihm gegenüber, mit dem ich auf den früheren Reichstagen bei einer und derselben Partei zu stehen und mich später seiner Freundschaft rühmen zu können so glücklich war, ich gestehe es, aufrichtig wünschen möchte."

Politische Uebersicht.

Laibach, 13. Oktober.

Die „N. st. Presse“ schreibt an leitender Stelle: „Mit Befriedigung wird jeder Freund der Verfassung aus den Kundgebungen der verfassungstreuen Organe über die gestrige Abstimmung in der österreichischen Delegation entnehmen, daß dieselbe nirgends als eine Niederlage der Verfassungspartei aufgefaßt wird, mochte auch die Minorität der 24 lediglich aus verfassungstreuen Delegierten bestehen. War doch auch die Majorität mehr als zur Hälfte aus verfassungstreuen Elementen zusammengesetzt, und muß man sich doch sagen, daß im Abgeordnetenhaus, ohne jene Kette von eigenhämlichen Schwierigkeiten, die den diesjährigen Delegations-Berathungen eigen waren, das Ministerium den weitans größten Theil seiner Partei für sich gehabt hätte. Darum ist aber doch der Wunsch allseitig vorhanden, daß uns in Zukunft derlei Erschütterungen des Verhältnisses von Regierung und Partei erspart bleiben mögen. Als sehr bedeutsam müssen wir die Rede bezeichnen, mit welcher Graf Andrássy die Debatte beschloß.“

In Betreff der Bankverhandlungen bringt ein pester Telegramm nachfolgende Mittheilung: „Bisher hat keinerlei Konferenz stattgefunden. Im großen Ministerrathe ist die Bankfrage nicht zur Sprache gekommen. Zwischen de Pretis und Kerkapolyi hat bisher bloß eine Begrüßung aber keine eigentliche Besprechung stattgefunden. — Für den 12. d. M. war eine Konferenz zwischen de Pretis, Kerkapolyi und Pipiz in Aussicht genommen. Der bisherige schriftliche Verkehr zwischen den beiden Finanzministern hat bloß im allgemeinen die Valutaregelung und die Ordnung der Bankfrage zum Gegenstande gehabt. Kerkapolyi wurde ersucht, seine diesbezüglichen näheren Pläne mitzutheilen; bisher ist dies jedoch nicht geschehen. Die bisherigen Verhandlungen mit der Bank selbst gingen auf das Verlangen hinaus: 30 Percent der Notenmenge für Ungarn zu bestimmen, die Einsetzung einer Bankverwaltung in Pest für diese Theilsumme, mit dem Rechte für die ungarische Regierung, die Zahl und Dotation der Filialen selbst zu bestimmen, sofort und bis zum Jahre 1876 gültig eintreten zu lassen. Die Bank hat diese Anträge principiell nicht abgelehnt, jedoch gefordert, daß, bis dies ins Leben trete, schon die definitive Ordnung auf Grund einer neuen, vom Jahre 1876 an gültigen Bankacte abgeschlossen werden solle. Auf Grundlage der abgeschlossenen definitiven Bankacte könne dann die provisorische Ordnung auch jetzt schon ins Leben treten. Weiter als bis zur Erklärung ist es auch in den Verhandlungen mit der Nationalbank noch nicht gekommen. — Das Plenum der ungarischen Delegation hat das Budget des gemeinsamen Finanzministeriums erledigt und Theuerungszulagen für die gemeinsamen Beamten des Ministeriums des Aeußern, des Finanzministeriums und des obersten Rechnungshofes benamendlicher Abstimmung bewilligt.“

Präsident Thiers bezeichnet als eine sträfliche Handlung die Behauptung, daß die Nation in mehrere Kasten getheilt sei. Solche Theorien schaden nicht nur im Innern, sondern gestalten die Stellung der Regierung nach außen hin zu einer schwierigen. Er tabelt die An-

griffe auf die National-Versammlung und erklärt, daß er derselben Achtung verschaffen werde. Thiers fügte hinzu, daß gewisse Republikaner Feinde der Republik seien und deren Begründung verhindern. Er erkenne im jetzigen Augenblicke nur die Republik als möglich an, constatirt die Ohnmacht der Monarchisten, rath den Conservativen, sich auf dem neutralen Boden der Republik zu vereinigen und empfiehlt Eintracht. Thiers theilt schließlich mit, daß er, da Prinz Napoleon ohne Ermächtigung des Ministerrathes nach Frankreich gekommen ist, gestützt auf zwei Beschlüsse der Nationalversammlung, welche die Absetzung der kaiserlichen Dynastie aussprechen, beschlossen habe, dem Prinzen zu bedeuten, daß französisches Gebiet zu verlassen. Der Befehl sei gegenwärtig schon ausgeführt.

Nach aus guter Quelle aus Paris in Berlin eingetroffenen Nachrichten machte Italien dem Cabinet von Versailles in den Unterhandlungen bezüglich des Handelsvertrages wichtige Zugeständnisse. Der Abschluß der Verhandlungen wird als bevorstehend betrachtet.

„Zedivivo“ constatirt, Fürst Milan zeige durch seine Thronrede, er wolle sich bemühen, das Wohlwollen der Pforte und der Garantemächte zu erwerben.

Die Republikaner haben bei den Wahlen in Indiana mit einer Majorität von 5000 Stimmen gesiegt. „New-York Herald“ spricht die Ueberzeugung aus, daß durch dieses Wahlergebnis die Frage der Präsidentschaftswahl entschieden worden sei. „Tribune“ beschuldigt die republikanische Partei einer in riesigem Maßstabe betriebenen Wahlbestechung.

Tagesneuigkeiten.

(Eisenbahnconferenz.) Ueber Weisung Sr. Excellenz des Handelsministers ist behufs Feststellung der Zeit, nach welcher die Fahrordnungen sämtlicher Eisenbahnen zu verfassen sind, so wie der Durchführungsmodalitäten und zur Erzielung eines einheitlichen Vorganges hiebei eine Konferenz mit sämtlichen in Betrieb stehenden österreichischen Eisenbahnen abzuhalten. Laut Anzeige der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen findet diese Konferenz am 14. Oktober d. J. vormittags 10 Uhr im Sitzungssaale des k. k. Handelsministeriums statt, und wurden die Herren Directoren ersucht, in Ansehung der Wichtigkeit des fraglichen Gegenstandes wo möglich persönlich zu erscheinen.

(Der grazer Communalanlehen) wurde zum Abschlusse gebracht. Die Unionbank übernimmt die Anleihe in der stipulierten Höhe von drei Millionen Gulden zum Course von 102, was einem sofortigen Aufgeld von 60.000 fl. entspricht, und veranlaßt die Emission von 150.000 Losen à 20 fl. Die Commune hat das Anlehen durch eine jährliche Zahlung von 165.000 Gulden innerhalb dreißig Jahren zu verzinsen und zu amortisieren. Nachdem jedoch die Gemeinde nicht die ganze Anleihe von 3 Millionen auf einmal benötigt, so werden die unbenutzten Beträge von der Unionbank mit 5 1/2 Percent verzinst. Zur Sicherstellung der eingegangenen Verbindlichkeiten deponirt die Bank Werthpapiere.

(Großer Brand.) Wie aus Kapuvar berichtet wird, ist in der Nacht auf den 6. d. die Gemeinde Sartha bei Kapuvar von einem verheerenden Brandunglücke heimgesucht worden, durch welches 200 Häuser sammt Nebengebäuden eingedäschert und eine beträchtliche Anzahl von Pferden, Rind- und Vorstvieh, sowie bedeutende Tabakvorräthe ein Raub der Flammen geworden sind.

Locales.

Auszug

aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des k. k. Landes-Schulrathes für Krain in Laibach, abgehalten am 19. September 1872 unter dem Vorsitze des k. k. Landespräsidenten Alexander Grafen Auersperg in Anwesenheit von 6 Mitgliedern. (Schluß.)

II. Der Lehrer an der Mädchenschule in Stein, Georg Adleschitz, wird zum Leiter derselben ernannt. — Die für das Schuljahr 1871/2 zur Besetzung ausgeschriebenen 6 Plätze der vom Professor Franz Metelko angeordneten Schullehrerstiftung werden vorbehaltlich des nach der Bestimmung des Statuts mit dem hierortigen fürstbischöflichen Ordinariate zu pflegenden Einvernehmens des Volksschullehrern Josef Cerin in Sairach, Marius Koucka in Selzach, Anton Albnitor in Lustthal, Leopold Abram in Laferbach, Jakob Petric in Dorn und Franz Jurmann von Watsch verliehen. Das Gesuch eines Volksschullehrers um einjährigen Urlaub wird abgewiesen.

In Absicht auf die Besetzung zweier Lehrerstellen an der mit der h. o. k. l. Lehrerbildungs-Anstalt verbundenen Uebungsschule wird die Concurs-Ausschreibung beschlossen. — Zwei Professoren des h. o. Gymnasiums wird die zweite Quinquennalzulage, dann einem Realschulprofessor die vierte Quinquennalzulage zuerkannt. Der Lehrer am k. k. Realgymnasium in Krainburg Franz Kraban wird unter Verleihung des Titels Professor stabil erklärt.

III. Ueber die vorliegenden Gesuche mehrerer Schüler der hiesigen Mittelschulen um Bewilligung der Wiederholungsprüfung aus zwei Gegenständen wird dieselbe 5 Schülern ertheilt, den übrigen verweigert.

IV. Die von der Gymnasial-Direction in Laibach

mit dem sachcommissionellen Gutachten vorgelegten, von den Professoren Zepić und Ladislav Grovath verfaßten lateinischen Lehrbücher-Manuscripte werden dem hohen Ministerium für Cultus und Unterricht mit dem Antrage auf Bewilligung eines Schriftstellerhonorars für die Verfasser vorgelegt. — Ueber die Mittheilung des Landes-

schulinspectors Johann Solar, daß das von ihm verfaßte Vocabular zu Madeira's deutschem Lesebuch in Druck gelangt, wird beschloffen, die Lehrkörper der hiesigen Mittelschulen zu verständigen, daß nunmehr die Zulassung dieses Lesebuches im Sinne des hohen Erlasses des Ministeriums für Cultus und Unterricht von 14. September 1871, Z. 10325, genehmigt ist.

V. Eine den Befreiungsanspruch von der Zahlung des Concurrenzbeitrages für die Dotationsergänzung des Lehrers in Weizelberg involvirende Beschwerde wird an den k. k. Bezirks-Schulrath in Pittai mit Bezug auf das dortamtliche Erkenntnis vom 30. Dezember 1870, Zahl 2940, und die dasselbe bestätigende Landes-Schulrath-Entscheidung von 11. März, Z. 236, zur instanzmäßigen Amtshandlung geleitet.

VI. Die vom k. k. Bezirks-Schulrath in Gottschee vorgelegte Verhandlung wegen Aufbesserung der Bezüge des Lehrers in Banjalota wird einerseits dem Bezirks-Schulrath zur vorschriftsmäßigen Ergänzung mit entsprechender Belehrung zurückzuleiten, andererseits aber eine Abschrift des Verhandlungsprotokolls dem Landesauschusse wegen präliminarmäßiger Sicherstellung einer Dotationsbeitrages pr. 46 fl. bei dem Normal-Schul-Fonde zu übermitteln beschloffen. — Aus Anlaß eines speciellen Falles, daß ein hiesiger Lehrer ohne Verständigung des betreffenden Bezirks-Schulrathes zum provisorischen Lehrer in einer Nachbarprovinz ernannt worden und dahin abgegangen ist, wird beschloffen, sich in Absicht auf die Einleitung eines geregelten Verfahrens in derlei Ernennungsfällen beim betreffenden Landes-Schulrath zu verwenden. — Dem Ansuchen eines Bezirks-Schulrathes wegen nachträglicher Passirung der Diät für den bei Schulbau-Verhandlungen verwendeten Schriftführer wird in Hinblick auf die diesfällige Normalverordnung vom 6. Dezember 1859 keine Folge gegeben.

Einer Candidatin wird die Altersnachfrist zur Aufnahme in den ersten Jahrgang der Lehrerinnen-Bildungsanstalt ertheilt.

(Zur Ernennung des neuen Landes-hauptmannes) bemerkt die „Presse“: „Dr. v. Kaltenegger ist ein Beamter von regem Fleiß in großer Thätigkeit, zugleich ein Mann von vorzüglichem Charakter, der selbst in dem von Nationalitätshader zerrütteten Krain sich die Achtung seiner politischen Gegner zu erwerben wußte. Er wurde stets mit großer Majorität in den Landtag gewählt, wo er treu zur Verfassungspartei hielt. Seine Ernennung liefert den Beweis, daß die Regierung fest entschlossen ist, der bisherigen Wirthschaft im krainischen Landtage ein Ende zu machen.“ — Die „N. fr. Pr.“ schreibt: „Dr. v. Kaltenegger hat seit dem Beginne der Verfassungskämpfe als der Vordersteiner einer für Verfassung und Gesetz in seinem engeren Heimatlande gestritten. Diese Berufung wird gewiß inner- und außerhalb Krains im Lager der Verfassungspartei den besten Eindruck machen.“ — Die „Deutsche Zeitung“ charakterisirt kurz und gut: „Der neue Landeshauptmann von Krain, Dr. v. Kaltenegger, ist ein entschiedener Anhänger der Verfassungspartei.“ — Die „Tagespresse“ sagt: „Herr v. Kaltenegger ist ein entschiedener Gegner der nationalen Velleitäten im projectirten „Slovenien“ und besitzt die nöthige Umsicht und Festigkeit, um den voraussehbaren verfassungsfeindlichen Chikanen und Angriffen der Slovenen im Landtage erfolgreich entgegenzutreten.“

(Gemeinderathssitzung.) Bei der morgen den 15. Oktober stattfindenden Gemeinderathssitzung werden außer dem Sanitätsstatute der Stadt Laibach die noch unerledigten Gegenstände der Tagesordnung der letzten Gemeinderathssitzung, weiters die vom Unterrichtsminister

erfolgte Zusicherung eines Gründungsbeitrages per 2000 fl. und einer jährlichen Staatsubvention in gleicher Höhe für die hiesige Gewerbeschule gegen dem, daß die Stadtgemeinde sich zu einem Jahresbeitrage per 500 fl. verpflichte, zur Verhandlung gelangen.

(Die Proben des Männerchores der philharmonischen Gesellschaft) beginnen nicht, wie gemeldet wurde, am 15., sondern Montag den 14. d. Mts.

(Das erste Concert) der Theater-Musik-kapelle fand vorgestern im Casino-Glaspalast statt. Leider war der Besuch ein spärlicher, aber der kleine Kreis von Musikfreunden spendete der Production wohlverdienten Beifall. Die Ausführung der Ouverturen zur „Felsenmühle“ und „Gunyady Paszlo“ kann in jeder Beziehung als eine gelungene bezeichnet werden; die Tanzpièces wurden recht lebendig, die Motive über „Corelei“ und die „schlesischen Lieder“ äußerst zart vorgetragen. Wir gratulieren dem Theaterorchester, das mit fester, sicherer Hand geleitet wird, zu diesem ersten, recht günstigen Erfolg und hoffen für die nächsten Concertabende einen zahlreicheren Besuch.

(In Verlust geriethen) auf dem Wege vom Bürgerspital bis zur Kasernbrücke eine Baarschaft von 21 fl.; auf dem Wege vom Südbahnhofe zur deutschen Gasse eine Baarschaft von 24 fl.; in der Sternallee ein Gebetbuch. Die Funde wollen beim hiesigen Stadtmagistrate abgegeben werden.

(Gefunden wurden) auf der Wiener Straße ein Sonnenschirm; in der Sternallee eine eiserne Kette, ein Gebetbuch; in einem Waggon eine 10 fl. Banknote. Die Funde erliegen beim hiesigen Stadtmagistrate.

(Zuchtviehverkauf.) Am 19. d. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr werden von Seite der hiesigen Landwirthschafts-Gesellschaft 22 Paar junge englische Buchschweine reiner Suffolt-Raze in der Meierei des Herrn Peter Lafnik unter Rosenbach nächst Laibach licitando verkauft werden. Wen lenken hiemit im Interesse der Vorstehervereinigung die Aufmerksamkeit der hiesigen Landwirthe auf diesen Versteigerungsact.

(Aus dem Amtsblatte.) Erkenntnis, betreffend die Beschlagnahme des „Slovenski Narod“ am 8. d. — Concurs zur Besetzung 1. einer Gefangenwach-Aufsichtsstelle am Castellberge; 2. der Volksschul-Lehrerstelle in Krainburg. — Kundmachung, betreffend die Aufnahme von Officialen bei der Centraldirection der Tabakfabriken in Wien.

(Die slovenische Bühne) offerierte vorgestern zwei Stücke. Das erstere, betitelt „St!“ (Schauspiel), mag bei Aufführung mit französischem Originaltexte immerhin einigen Erfolg erringen, in slovenischer Uebersetzung entbehrt die Mache jeden Werthes, insbesondere wenn sie, wie vorgestern, durch Verschulden der Darsteller ohne Leben, ohne Studium, unbehilflich in Action und mit trockener Zunge in Szene geführt wird. Die erste Piece errang weder Erfolg noch Beifall. — Gelungener ging das Lustspiel „Beli Otelo“ über die Bretter. Herr Rajzel und Frau Jamnik amüßigten durch ihr lebhaftes Spiel das nur mittelgut besuchte Haus, welches mit Beifallsbezeugungen nicht kargte. — Slovenische Stimmen ließen sich nach der vorgestrigen Vorstellung dahin vernehmen, daß es mit Rücksicht auf die der slovenischen Bühne aus Landesmitteln gewährte Subvention die Pflicht der Bühnenleitung ist, für geeignete Bühnenwerke, befähigte Schauspieler und Sänger, für ein fleißiges Rollenstudium, überhaupt für entsprechende Darstellungen allen Ernstes zu sorgen. In Geldsachen — Subvention und Eintrittsgeld registrieren wir in die obige Rubrik — hört jede Gemüthlichkeit auf.

(Deutsche Bühne.) Gestern erfochten die Soloparte in Flotows „Martha“ einen vollständigen Sieg. Das in allen Räumen ausverkaufte Haus spendete der gestrigen Aufführung immensen Beifall; der Erfolg war ein glänzender, die Hervorrufe der ersten Kräfte der Oper wollten kein Ende nehmen. Herr Director Kozky war so

freundlich, der öffentlichen Meinung, der sechsten Großmacht, Gehör zu geben; ein neuer Tenor trat als „Lyonel“ in Action; er kam, betrat die Bühne und siegte! Er elektrisirte das Publicum, er animierte seine Kunstgenossen. Herr August Stoll war der Held des gestrigen Abends; er zählt zu seinen Cardinaltugenden Jugend, starke und klangvolle Stimme, guten Vortrag und lebendiges Spiel. Der Sänger des „Lyonel“-Parties war im Jahre 1853 zu Hermannstadt geboren, ist ein Jögling der besten Schule, sang in den drei abgewichenen Jahren in Wien (Carltheater), Pest (Nationaltheater), Prag und Olmütz. Der junge „Meisterfinger“ besitzt seltene Befähigung und glückliche Mittel. Möge er das werthvolle Kapital durch Fleiß und Studium vergrößern, seine Stimmittel pflegen und schonen, dann ist ihm eine große Zukunft sicher. Möge ihn der gestrige freundliche und stürmische Empfang ja nicht berauschen, ja nicht eitel machen. — Die Damen Fr. Kropp (Durham) und Fr. Rosen (Nancy) waren wieder excellent in Gesang und Spiel, trugen auch in äußerer Form die feinste Eleganz zur Schau; die Leistungen beider Damen waren einer Großstadt würdig. — Das Orchester erwarb sich neue Lorbeeren. Die „Martha“ in der gestrigen Form hat nicht nur einen „Lyonel“, sie hat auch uns — das ganze Haus — entzückt. Wir hoffen, „Martha“ wird nicht die „letzte Rose“ gewesen sein, die uns aus dem Garten unserer heutigen Oper freundlich entgegenblüht!

Telegraphischer Wechselkurs

vom 12. Oktober. Papier-Rente 65.30. Silber-Rente 70.30. 1860er Staats-Anlehen 102.20. — Paris-Actien 906.1. — Credit Actien 333.25. — London 108.85. — Sibir 107.25. — R. f. Münn Ducaten 5.24. — Napoleons'or 8.72

Handel und Volkswirthschaftliches.

Laibach, 12. Oktober. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 7 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 25 Ztr., Stroh 17 Ztr.), 42 Wagen und 4 Schiffe (26 Klaster) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another unit. Includes items like Butter, Eier, Milch, etc.

Theater.

Heute: Mina von Barnhelm. Lustspiel in 5 Aufzügen von Lessing.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 6 columns: Date, Time, Barometer, Wind, Clouds, and other weather indicators.

Den 12. nachts Regen, vormittags abwechselnd Sonnenschein, Aprilwetter, Regenbogen. Den 13 Morgentdöhr, Regen weiter anhaltend. Die beiden Tagesmittel der Wärme + 13.5° und + 11.6°; beziehungsweise um 1.5° über und 0.3° unter dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Johann v. Kleinmayr.

Börtenbericht. Wien, 11. Oktober. Die aus London gemeldete Disconto-Erhöhung um ein volles Percent machte an der Börse nur geringen Eindruck. Die Speculationskreise hielten sich an die leitenden Papiere annähernd auf gestriger Höhe und pouffierten einige Nebenpapiere mit großer Energie. Zu diesen gehörten in erster Linie austro-egyptische, austro-

Table A: Allgemeine Staats-Schuld für 100 fl. with columns for unit, date, and value.

Table B: Wiener Communalanlehen, rick. Geld Waare zahlbar 5 pEt. für 100 fl. with columns for title and value.

Table C: Actien von Bankinstituten with columns for bank name and value.

Table D: Actien von Transportunternehmungen with columns for company name and value.